

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

39. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 26. Februar 2015

(16.13 Uhr bis 22.36 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2006	← Stadtv. Martin Kliehm, LINKE	. 22
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE :		. 22
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL :	An den letzten Montagen wurden zur	. 23
Stadtverordneter Mathias Mund, FREIE WÄHLER:	besten Geschäftszeit Hunderte	. 24
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:	Fahrgäste am Verlassen oder Betreten	. 25
Stadtverordnete Odette Barbosa de Lima, GRÜNE:	der U-Bahn-Station Hauptwache	. 26
	gehindert, damit die Teilnehmenden	
	der rassistisch-nationalistischen	. 27
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2007	FRAGIDA-Kundgebung bequem den	. 27
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, F	ÖPNV nutzen konnten. Hierzu wurden	. 28
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	alle Rollgitter heruntergelassen und die	. 29
Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:	B-Ebene von der Polizei geräumt. Die	. 30
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	Stationen wurden jedoch weiterhin von	. 31
Stadträtin Sarah Sorge:	den U- und S-Bahnen angefahren, und	. 32
Stadtverordnete Rita Streb-Hesse, SPD:	die Fahrgäste standen vor verschlossen-	
	en Gittern.	
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2010		. 33
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	Ich frage den Magistrat:	. 33
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	Haben die Fahrgäste der hetzerischen	. 33
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	Kundgebung höhere Priorität als die	. 34
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	anderen Nutzerinnen und Nutzer, und	. 35
	auf welcher Grundlage kooperiert der	
	VGF mit Rassistinnen und Rassisten,	
	während der Magistrat auf dem	
	Römerberg betont, man müsse ihnen	
	entgegentreten?	
4. Verabschiedung der Tagesordnung II		. 36
5. Wirtschaftsstandort Frankfurt - Jahresbericht		. 36
Bericht des Magistrats vom 23.01.2015, B 36		
Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:		. 36
Stadtverordnete Hilime Arslaner-Gölbasi, GRÜNE:		. 38
Stadtrat Markus Frank:		. 40
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:		. 43
Stadtverordneter Gregor Amann, SPD:		. 46
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:		. 49
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, RÖMER:		. 51
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:		. 51
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:		. 51
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:		. 52
6.1 Kommunale Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen		. 53
Gemeinsamer Antrag der LINKE. und der ELF Piraten vom 17.10.2014, NR 1046		

(Beifall)

Ich nehme jeden Montag am Gegenprotest teil und wurde bislang immer Zeuge und auch Opfer von sinnlos angewandter Polizeigewalt, um den roten Teppich zur U-Bahn für Nazis freizukehren. Die B-Ebene ist von Polizeigruppen besetzt. Ich durfte beobachten, wie eine Gruppe Jugendlicher mit Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz ohne ersichtlichen Grund Richtung große Treppe gedrängt wurde. Von unten kamen stets weitere Polizisten nach, die anfangen, uns alle, gleich wer in der B-Ebene stand, Richtung große Treppe zu schubsen und mit Schlagstöcken zum Gitter zu treiben. Während die Gegendemonstranten mit erhobenen Händen skandierten „Wir sind friedlich, was seid ihr?“, sprühte die Polizei ihnen Pfefferspray direkt in die Augen.

(Beifall)

Selbst nachdem das Gitter heruntergelassen wurde und die Gegendemonstranten davor standen, wurde Pfefferspray eingesetzt. Ich habe auch ein Video aufgenommen, sodass das richtige Handeln der Polizei, wie sie stets betont, eine leere Phrase ist und bleibt. In Leipzig kann der Bürgermeister eine LEGIDA-Demo absagen. In Frankfurt wird aber mit einem massiven Polizeiaufgebot die Innenstadt für Rassistinnen und Rassisten freigeknüppelt, eine Schande in meinen Augen.

(Beifall, Zurufe)

Wenn sich der Magistrat auf dem Römerberg öffentlich gegen dieses schändliche Gedankengut stellt, dann bitte auch in der Praxis. PEGIDA ist nicht Frankfurt, und wer diese Schande duldet, der duckt sich vor dem Rassismus und Nationalismus dieser geistigen Brandstifter. Deren gefährlich dummen Gedankendurchfall sollte keine Bühne in dieser Stadt geboten werden. Frankfurt ist eine bunte, weltoffene, internationale Stadt und kein Schauplatz für Hass, gleich welcher Art.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:

Vielen Dank, Frau Ayyildiz! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Wortmeldezettel für die Fragestunde erst dann abgegeben werden dürfen, wenn in der Fragestunde dieser Punkt aufgerufen ist. Frau Ditfurth, das gilt auch für Sie.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX- ARL:

Ich kann mich ja nicht multiplizieren. Ich kann nicht hier sein und da und dort und schnell noch etwas abgeben. Das geht nicht, wenn die Gruppe aus einer Person besteht.

Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:

Es gibt eine Geschäftsordnung, Frau Ditfurth. Ich habe immer noch das Wort, auch wenn es Ihnen möglicherweise nicht gefällt. Die Geschäftsordnung ist so, dass erst dann, wenn der Tagesordnungspunkt in der Aktuellen Stunde aufgerufen wird, die Wortmeldezettel abgegeben werden dürfen. Abweichend von dieser Verfahrensweise habe ich dennoch Ihren Wortmeldezettel hier hingelegt, sonst wären Sie nämlich erst ein ganzes Stück später dran. Jetzt haben Sie das Wort, Frau Ditfurth!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX- ARL: (fortfahrend)

Ich bin von so viel Großzügigkeit zu Tränen gerührt. Aber vielleicht, Herr Siegler, schauen Sie sich die Realität im Raum an. Manche sind nur mit einer Person vertreten und manche haben vorne Leute, die schnell hinflitzen können. Dann geht das. Aber jetzt fange ich an.

Schönen guten Abend!

So, wie der grüne Dezernent geantwortet hat, klingt es fast, als habe die Polizei montags in Frankfurt die Macht in der Innenstadt übernommen. Der Dezernent weiß nicht, warum an FRAGIDA-Montagen Tausende von Be-

rufstätigen bis zu einer Stunde aufgehalten werden und einige Hundert antifaschistische Demonstranten zum Teil böse mit Reizgas gesundheitlich geschädigt, geschubst und gewürgt werden. Es gibt inzwischen eine Menge Berichte und Fotografien, die man sich, wenn man möchte, ansehen kann. Aber wen es interessiert, ist eh eine Frage, weil vom Römerbergbündnis, das einmal eine Kundgebung hatte, niemand an den FRAGIDA-Montagen in der Nähe der Hauptwache in irgendeiner Weise aktiv beteiligt ist.

Aber ich möchte etwas ganz anderes sagen. Ich finde es total nützlich, dass in einer so zentralen Stelle der Frankfurter Innenstadt, an der Hauptwache, eine zentrale gesellschaftspolitische Auseinandersetzung stattfindet, sodass jeder - und da sind sehr viele Leute an den Spätnachmittagen und frühen Abendstunden - sehen kann, was es hier für Probleme gibt. Probleme, die sonst gerne an den Rand gedrängt werden. Als ich in Israel auf Lesereise war, haben mir meine Freunde dort von einem Problem berichtet, das ich bis dahin noch nicht kannte. Es nennt sich das Jerusalem-Syndrom. Es gibt durchgeknallte christliche Fundamentalisten, wenn die in Jerusalem zu Besuch sind, gibt es ein Problem mit vollgestopften psychiatrischen Notaufnahmen, weil sie Erweckungserlebnisse haben, weil Gott zu ihnen gesprochen hat und weil sie am liebsten wie Jesus auf einem Maulesel über eine Schnellstraße reiten würden. Die Anmelderin von FRAGIDA in Frankfurt heißt Heidi Mund, und zu ihr, das hat sie irgendwo erzählt, hat Gott in Jerusalem gesprochen. Das hat mich sofort an diese Noteinweisungen erinnert. Sie leitet gemeinsam mit ihrem Mann, dem FREIE WÄHLER-Stadtverordneten Mathias Mund, die fundamental-christliche Bewegung „Himmel über Frankfurt“ und organisiert sogenannte Jesumärsche. Sie stört auch gerne in Kirchen, wie in Speyer, wenn es dort gemeinsame Gottesdienste und Friedensmessen von Christen und von Muslimen gibt. Dann brüllt sie mit großer Deutschlandfahne, auf die Jesus gestickt ist, in dem Moment vom Balkon herunter, in dem der Imam anfängt, seinen Beitrag zu halten. Sie randaliert gewissermaßen. Sie redet, und das passt zu ihrem Klientel, aber auch vor Nazis und Hooligans, wie in Hannover. Die Rede kann man sich im Internet ansehen. Dort sagte sie: „Wir sind keine Nazis. Die Nazis sind alle schon ge-

storben. Die linksversifften Politiker verraten unser Land. Wir brauchen Gottes Segen“, und so weiter. Solange es diese Veranstaltung der rassistischen, völkischen, islamfeindlichen, homosexuellenfeindlichen, ...

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Frau Ditfurth, Ihre Redezeit ist überschritten.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

... frauenfeindlichen FRAGIDA gibt, werden wir dagegen demonstrieren. Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Mund von den FREIEN WÄHLERN. Auch für die FREIEN WÄHLER gilt die Regel, dass der Wortmeldezettel erst abgegeben werden darf, wenn der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde. Herr Schenk als erfahrener Stadtverordneter weiß das. Auch hier bin ich so verfahren, dass ich den Zettel liegengelassen habe. Bitte, Herr Mund, Sie haben das Wort!

**Stadtverordneter Mathias Mund, FREIE
WÄHLER:**

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
verehrte Kolleginnen,
verehrte Kollegen!

Die Frage Nr. 2006 des Herrn Kliehm von der Fraktion der LINKEN. an den Magistrat steht in bester Tradition der Partei, zu der er gehört, nämlich der Nachfolgeorganisation der Mauermörderpartei SED und deren Methoden. Nicht umsonst hat Wolfgang Biermann am 3. Oktober 2014 die Gunst der Stunde im Deutschen Bundestag genutzt und die Partei DIE LINKE. als Drachenbrut bezeichnet.

(Beifall)

6.2 Kommunale Standards und Rahmenbedingungen für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Frankfurt	53
Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 12.02.2015, NR 1136	
Stadtträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:	53
Stadtverordnete Evanthia Triantafillidou, GRÜNE:	57
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:	58
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU:	60
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:	62
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	64
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	66
Stadtverordnete Evanthia Triantafillidou, GRÜNE:	68
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	69
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	71
Stadtträtin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:	72
 7.1 Forderung des Stadtkämmerers umsetzen - Prüfung eines Burkaverbots	 72
Antrag der RÖMER vom 07.07.2014, NR 960	
 7.2 Möglichkeiten der Unterbindung von Ganzkörperverhüllung prüfen	 72
Antrag der FREIE WÄHLER vom 10.07.2014, NR 963	
 7.3 Unterstützung für die Haltung des Hessischen Ministerpräsidenten in der Frage eines Burka-Verbotes	 72
Antrag der SPD vom 17.12.2014, NR 1095	
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	72
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	73
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, RÖMER:	73
 8. Geschäftsmodell Flughafen.....	 73
Antrag der RÖMER vom 02.01.2015, NR 1102	
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, RÖMER:	73
 9. Unhaltbare Zustände im Bahnhofsviertel - wann handelt der Magistrat endlich?	 73
Antrag der SPD vom 10.12.2014, NR 1087	

Herr Kliehm, ich möchte noch einmal klarstellen, dass wir nicht kopiert oder abgeschrieben haben. In dem Antrag geht es um viel weitergehende Dinge, die hier auch benannt worden sind. Wir sind nicht explizit auf die Grundsätze eingegangen, so wie sie Pro Asyl beschrieben hat, auf die Unterkunft beispielsweise. Dazu ist alles gesagt worden. Uns ist die Integration in der Gesellschaft wichtig.

(Beifall)

Darum haben wir all das hervorgehoben, was notwendig ist. Dazu ist eben die Beschulung der Kinder sehr wichtig, ob es unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind oder mit ihren Familien kommende. Es sind die Angebote zum Spracherwerb. Dazu ist die Volkshochschule gefragt, spezifische Kurse für diese Zielgruppe anzubieten. Sie können nicht an den Integrationskursen teilnehmen. Also all diese Dinge liegen uns sehr, sehr am Herzen. Das ist von der Kollegin Schubring gesagt worden, und die Dezernentin hat es auch gesagt. Das, was darüber hinaus für uns ein politischer Wille war, den wir auch so erklärt haben, alle Dezernate, die involviert sind, Stichwort Wohnen, Planungsdezernat, Integrationsdezernat, Gesundheitsdezernat, Sozialdezernat, das ist in aller Würde beschrieben und die Arbeit im Kontext all dieser Dinge gewürdigt worden.

Ich nenne ein Beispiel. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit haben wir ein Projekt vorgestellt bekommen von den Gesundheitslotsinnen, die bei Migrantenfamilien aufklären und wo eine Expertise mit unterschiedlichen Sprachen aufgebaut worden ist. All diese Dinge zusammenzufassen in ein Konzept, wo all das, was wir beschrieben haben, dargelegt ist, darauf legen wir den Schwerpunkt. Darum lehnen wir Ihren Antrag ab, das möchte ich an dieser Stelle klarstellen.

An die Kollegin von der SPD gerichtet: Frau Busch, es irritiert mich Ihre despektierliche Antwort und Ihre Haltung dazu. Es ist doch wichtig, dass wir als Stadt Frankfurt - ich möchte auf meinen Vorredner gar nicht Bezug nehmen - die Willkommenskultur unterstreichen. Das ist es. Es ist manchmal wichtig in der Entwicklung, dass man innehält und

sich verständigt und es deklariert. Darum irritiert mich Ihr Verhalten ein bisschen.

Danke schön!

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Als nächste Rednerin hat Frau Ditfurth, ÖkoLinX-ARL, das Wort. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Noch einmal einen schönen Guten Abend!

Vielleicht müssen sich ein paar nette Menschen in der Verwaltung überlegen, was sie falsch machen, wenn ein völkischer Rassist wie Herr Schenk sie lobt.

(Zurufe)

Was Sie riechen, weiß ich nicht, und ich will hier auch nicht sagen, was ich vermute.

Die rührselige, von sich selbst so beeindruckte Rede der Sozialdezernentin Birkenfeld erinnert mich an eine Karikatur.

(Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Frau Ditfurth ...

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)**

Der GO-Antrag kommt nach meiner Rede, das wissen Sie alle.

Die Rede der Sozialdezernentin erinnert mich an eine Karikatur ...

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Frau Ditfurth, einen Moment, bitte. Ihr Antrag zur Geschäftsordnung kommt nach der Rede, Herr Hübner.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Gibt es heute keine ungestörten Reden?

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Frau Ditfurth, fahren Sie bitte fort.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Darf ich jetzt noch einmal anfangen? Stellen Sie die Uhr noch einmal auf Anfang?

Noch einmal guten Abend! Die rührselige, von sich selbst so beeindruckte Rede der Sozialdezernentin Birkenfeld erinnert mich an eine Karikatur im Simplicissimus während des Ersten Weltkriegs. Da sitzen feine Damen beim Kaffeekränzchen und stricken Socken für Soldaten, während ihre Ehegatten als Offiziere genau diese Soldaten für ganz andere Interessen als Kanonenfutter abschlachten lassen. Daran erinnerte mich diese Rede. Ich rede also nicht von warmen Socken, sondern ich rede von Krieg, dem Krieg, der Rassismus für die Betroffenen bedeutet. Die in der Krise vom Abstieg bedrohte oder sich nur so fühlende Mittelschicht wendet sich gegen Schwächere, und das sehen wir überall im Verhalten, auch in diesen Reden heute Abend. Frau Busch, ich würde Sie herzlich bitten, alle Worte, die mit „Fluten“ und „Strömen“ und ähnlichen Naturkatastrophen zu tun haben, nicht auf Menschen anzuwenden. Das hat eine ganz böse Geschichte.

(Beifall)

Regierungen befördern dies zum Beispiel mit der Abschaffung des Asylrechts 1992 - ich

werde nie vergessen, Entschuldigung, ich muss auch der LINKEN noch eine abgeben, wie ein gewisser Oskar Lafontaine jahrelang stolz darauf war, dieses Recht mit zerstört zu haben -, mit der Schärfung der Asylpolitik, mit dem Aushöhlen von sozialen Sicherungssystemen. All das schürt Endsolidarisierung und Rassismus.

(Beifall)

Auch wer FRAGIDA-Kundgebungen zulässt und dies als Meinungsfreiheit bekundet, als ob Faschismus kein Verbrechen wäre und Nazipropaganda sozusagen unter Meinungsfreiheit feile, sendet Botschaften an die Menschen einer Stadt. Dieses Gift dringt bis in Flüchtlingsunterkünfte und an die Arbeitsplätze, sowohl der legalen als auch der illegalen. Es sind Botschaften des Rassismus, aber das werden Sie nie verstehen.

Seit dem 1. Januar 2000 sind mindestens 23.000 Flüchtlinge auf ihrer Flucht umgekommen oder werden vermisst. Das Mittelmeer ist inzwischen ein großer Friedhof. Italien hat inzwischen, weil die EU und auch Deutschland keine lächerlichen neun Millionen Euro pro Monat mehr bereitstellen wollten, die Suche nach Flüchtlingsbooten im Mittelmeer weitgehend eingestellt. Frontex sucht nun unter dem Namen Triton nur noch bis zu 30 Seemeilen vor der italienischen Küste. Das heißt, trotz der Abschottung der EU-Außengrenzen erreichen immer noch mehr Flüchtlinge auf immer lebensgefährlicheren Wegen - man macht es ihnen immer mörderischer - Europa und die Bundesrepublik.

Das Asylrecht wurde weiter verschärft und mit Zustimmung - und nur durch die Zustimmung des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann - wurde es möglich, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte sicherer Herkunftsstaaten eingestuft wurden, um Deutschland von der Last dieser Menschen zu befreien. Das heißt, damit können auch - und das ist das Geräuschlose, über das heute in diesen Reden nicht gesprochen wurde - Asylsuchende aus diesen Ländern, insbesondere Roma und Sinti, nur noch geräuschloser, ohne dass hier überhaupt auch nur paternalistisch über sie gesprochen werden müsste, aus diesem Land entfernt werden.

Ich empfehle antirassistischen Widerstand und konkrete Projekte, wie zum Beispiel ein mir inzwischen sehr sympathisches Projekt in Frankfurt, das Project Shelter, das sich mit den Migranten befasst - und das auf Augenhöhe und nicht paternalistisch -, die auch im Winter unter Brücken schlafen, über die hier gar nicht gesprochen wird, die im Bahnhof vertrieben werden oder aus B-Ebenen und so weiter. Das ist eine erste Anlaufstelle, dort wird konkret geholfen. Ich bin gespannt, wie die Stadt Frankfurt mit diesem Projekt in Zukunft umgehen wird.

Zum Schluss nur ein kleines Gedankenspiel, was die Verlogenheit bei diesem Thema in diesem Raum vielleicht mit einem Schlaglicht enthüllt: Sie haben noch die beiden unglaublich beeindruckenden Reden von der Sozialdezernentin Frau Birkenfeld und von Herrn Frank über den Standort Frankfurt im Kopf? Überlegen Sie einmal: Beim Tagesordnungspunkt Wirtschaftsstandort werden dem Kapital Millionen in den Hintern geschoben, direkt, indirekt, über Infrastruktur, über tausend andere Beschlüsse, beim Tagesordnungspunkt Unterbringung von Flüchtlingen beklatschen sich CDU und GRÜNE selbst - das war wirklich peinlich -, weil sie den lächerlichen Betrag von drei Millionen Euro aufgebracht haben. Ich empfehle ein kurzes Gedankenspiel, weil ich der Meinung bin, es hat keinen Sinn, Ihnen mehr über die Lage von Flüchtlingen zu erzählen, weil es die meisten oder viele hier im Raum leider wirklich nicht interessiert.

Das Gedankenspiel geht so: Stellen Sie sich vor, die Sozialdezernentin Birkenfeld hätte, leidenschaftlich beklatscht, die Interessen von Flüchtlingen vertreten, als ginge es um die „Standortinteressen“ des Kapitals in Frankfurt. Das ist doch unvorstellbar.

Man tausche einmal kurz die Rede des Dezernenten Frank mit jener der Sozialdezernentin, und stellen Sie sich vor, Herr Frank hätte angeboten, sich um die Interessen des Kapitals mit ehrenamtlichen Helferlein kümmern - „kümmern“, ein schönes Wort - zu wollen, dazu mickrige drei Millionen Euro und Angebote für gebrauchte Kleidung. Beides unvorstellbar. Es hat also keinen Sinn, bestimmte Stadtverordnete - ich nehme auch viele aus, aber bestimmte Stadtverordnete - immer wieder aufzuklären. Sie wissen über

das Leben von Flüchtlingen nur das, was Sie wissen wollen, und das ist oft eben nichts. Es geht also um Interessen und das Interesse, fremde Menschen doch eher auszugrenzen. Genau da ist das Ende der Aufklärung und der Beginn einer wachsenden und notwendigen politischen Auseinandersetzung.

Schönen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Als nächster Redner hat Herr Hübner zur Geschäftsordnung das Wort. Bitte!

**Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE
WÄHLER:**

Wir fordern die Einberufung des Ältestenausschusses wegen einer Äußerung der Stadtverordneten Ditfurth.

(Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Da Herr Hübner gefordert hat, den Ältestenausschuss einzuberufen, unterbreche ich hierfür die Sitzung.

**(Unterbrechung der Beratungen von
20.57 Uhr bis 21.27 Uhr)**

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Meine Damen und Herren, die Sitzungsunterbrechung ist aufgehoben. Darf ich einen Moment um Ruhe bitten? Nach Beratung des Ältestenausschusses ist der Antrag vorgebracht worden, dass die Fraktionen darüber beraten, ob die Stadtverordnetenversammlung für den Ausdruck „völkischer Rassist“ eine Rüge ausspricht oder nicht. Ich unterbreche daher die Sitzung erneut bis

21.50 Uhr, damit die Fraktionen über diesen Antrag beraten können.

(Unterbrechung der Beratungen von 21.27 Uhr bis 22.28 Uhr)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Die Sitzungsunterbrechung ist aufgehoben. Es dient zur Information, dass seitens der FDP durch Frau Rinn der Antrag gestellt wurde, hier im Parlament darüber zu entscheiden, ob die Äußerung von Frau Ditfurth gerügt werden soll oder nicht. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, dass Frau Ditfurth für ihre Äußerung von vorhin gerügt wird, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Das sind CDU, FDP, FREIE WÄHLER und RÖMER. Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Das sind GRÜNE, SPD, LINKE. und Piraten. Wer enthält sich der Stimme? (Geschieht) Das ist Frau Ditfurth. **Ich stelle als Ergebnis fest, dass die Äußerung von Frau Ditfurth nicht gerügt wird.**

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor, da Herr Förster mir gegenüber erklärt hat, dass er auf seine Wortmeldung verzichtet. Frau Dr. Eskandari-Grünberg, erhalten Sie Ihre Wortmeldung noch aufrecht oder verzichten Sie auch?

(Zurufe)

Stadträtin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:

Ich wollte vorhin zu dem Thema Unterbringung von Flüchtlingen einiges sagen, aber es ist turbulenter geworden als gedacht. Ich glaube aber, dass wir alle hier, auch nach dieser Sitzung, noch einmal feststellen können, dass es sehr wichtig ist, dass wir wirklich ein Zeichen setzen, dass für Rassismus in dieser Stadt kein Platz ist, egal von welcher Couleur und von welchen Menschen auch immer.

(Beifall)

Noch ein zweiter Satz, das ist mir wichtig. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn gegen Flüchtlinge, gegen Menschen, die Schlimmes erlebt haben und die zu uns kommen, gegen Menschen, die ein absolutes Trauma erlebt haben, in diesem Parlament so geredet wird. Eine Rüge in diesem Zusammenhang halte ich nicht für sinnvoll. Das war es, was ich sagen wollte.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Frau Dr. Eskandari-Grünberg! Ich stelle fest, dass die Ausschussberichte angenommen wurden, somit ist die Vorlage NR 1046 abgelehnt und die Vorlage NR 1136 angenommen. Ich schliesse den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 7.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 7., Burka-Verbot, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen NR 960 der RÖMER-Fraktion, NR 963 der FREIE WÄHLER-Fraktion und NR 1095 der SPD-Fraktion. Herr Oesterling hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

Wir hatten das Thema als Erstanmeldung angemeldet. Angesichts der Ereignisse schlagen wir vor, das Thema um eine Runde zu schieben. Jetzt habe ich eine Reihe von Wortmeldungen gesehen, daher können wir das nur machen, wenn es im Einvernehmen geschieht. Wenn die beiden anderen Vorlagen, die von den FREIEN WÄHLERN mit angemeldet wurden, jetzt diskutiert werden sollen, dann müsste natürlich auch unsere Vorlage diskutiert werden. Aber unser Vorschlag wäre jetzt, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.